

Am 1. Mai 2013 besetzten mehrere hundert Menschen Gleise in Frankfurt am Main, um damit zu verhindern, dass Neonazis in Frankfurt demonstrieren und ihr menschenverachtendes Gedankengut verbreiten können. Dieser Akt des zivilen Ungehorsams hatte Erfolg: der Großteil der Nazis gelangte nicht nach Frankfurt und fuhr frustriert wieder nach Hause. Das war schon häufig der Fall und immer war dies Protesten zu verdanken, die geltendes positives Recht überschritten. Weil diese Form des Protests so erfolgreich ist, würden sie die Menschen, die am 1. Mai letzten Jahres auf den Gleisen waren, immer wieder nutzen. Das heißt, als AntifaschistInnen würden sie jederzeit wieder Gleise oder Straßen blockieren, um sich Neonazis in den Weg zu stellen.

Wenn Nazis demonstrieren, zeigen sie sich für kurze Zeit in der Öffentlichkeit, während sie sich in Hessen ansonsten sehr bedeckt halten. Das heißt jedoch nicht, dass sie nichts tun: 2006 wurde in Kassel Halit Yozgat von Tätern aus dem Nationalsozialistischen Untergrund erschossen. 2011 schlugen zwei Neonazis aus Frankfurt einen jungen Mann in Frankfurt-Griesheim brutal zusammen, weil dieser verhindern wollte, dass Neonazi-Plakate an einer S-Bahnstation aufgehängt werden. Die beiden Nazis brachen dem Betroffenen das Nasenbein, eine Rippe und einen Lendenwirbel, er entging knapp der Lähmung. In der Nacht zum 8. November 2013 wurden in Seeheim-Jugenheim bei Darmstadt die Fenster des Rathauses eingeworfen – mit zuvor entwendeten Stolpersteinen, die an im Nationalsozialismus verschleppte und ermordete Menschen erinnerten. Im Juli dieses Jahres wurde die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt mit antisemitischen Parolen beschmiert.

Blickt man über die hessischen Landesgrenzen hinaus, wird das ganze Ausmaß der Verbrechen von Nazis heute deutlich. Zwischen 1990 und 2011 kamen mindestens 182 Menschen durch die Folgen rechtsextremer Gewalt ums Leben. Das Verhalten der Polizei und der staatlichen Behörden in vielen dieser Fälle zeigt, dass wir den Kampf gegen Nazis nicht dem Staat überlassen können – denn staatliche Behörden sind im Regelfall auf dem rechten Auge blind.

Die genannten rechten Verbrechen sind einige, unterschiedlich gravierende Beispiele dafür, wie bitter nötig antifaschistisches zivilgesellschaftliches Engagement und Protest gegen Nazis ist. Wenn Neonazis trotz der Verbrechen, die sie ständig begehen auch noch demonstrieren können, fühlen sie sich durch die Gemeinschaftserfahrung und das Gefühl der Stärke in der Gruppe in ihrer Ideologie und in ihrem Handeln bestätigt und tanken Kraft, um wieder Menschen verletzen, verhetzen, ermorden und auf verschiedenen Ebenen angreifen zu können.

NazigegnerInnen müssen heute, im Gegensatz zu den Menschen, die Widerstand gegen den NS geleistet haben, nicht mehr ihr Leben riskieren, um sich Nazis in den Weg stellen zu können. Das ist so, weil Nazis glücklicherweise nicht mehr in der Mehrheit sind. Und auch wenn heute niemand sagen kann, ob er oder sie im Nationalsozialismus im Widerstand gewesen wäre – denn das wäre anmassend – so muss doch heute Jede und Jeder Konsequenzen aus der Geschichte ziehen und für die Gegenwart Entscheidungen treffen. Und eine dieser Entscheidungen lautet, dass sich als Antifaschistin oder Antifaschist Nazis entgegenstelle – nicht nur auf Gleisen, sondern auf allen Ebenen. Dass die Gefahr einer Verurteilung zu einer Geldstrafe niemanden davon abhalten darf, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Dass die GleisblockiererInnen eine solche Strafe jedoch befürchten müssen, ist traurig und sagt viel über den staatlichen Umgang mit Antifaschismus aus. Würden sich die GleisblockiererInnen von diesen möglichen Strafen jedoch abschrecken lassen, wäre das gravierend.

Wenn Nazis demonstrieren wollen, ist es höchstes Ziel, das zu verhindern. Die Mittel zu dieser Verhinderung sind legitim. Ob sie legal sind, kann erst im Nachhinein geklärt werden. Deswegen bin ich heute hier. Und damit komme ich zum letzten Punkt meines Statements.

Nazis wollen demonstrieren. Das ist ihr strittiges demokratisches Recht. Antifaschistische zivilgesellschaftliche Akteure wehren sich dagegen. Auch das ist ihr Recht. Die Polizei versucht die Proteste gegen die Nazis, die auch nur in irgendeiner Form Regeln überschreiten, zu kriminalisieren und den Nazi-Aufmarsch durchzusetzen. Das müsste die Polizei nicht, doch sie tut es. Die Aufgabe, Nazi-Aufmärsche zu verhindern, haben daher Antifaschist_innen. Sie müssen sich den Nazis entgegen stellen, auch wenn sie damit positives Recht überschreiten.

Man könnte sagen, dass sie sich entscheiden haben, die Gleise zu blockieren und dafür jetzt eine Quittung bekommen, die sie verkraften können. Es gibt aber auch die andere Möglichkeit, für

politische Überzeugungen und das notwendig aus ihnen resultierende Handeln gerade zu stehen, es zu verteidigen und hierher, vor Gericht zu gehen, und zu sagen: wir sind hier, weil wir der Überzeugung sind, dass es nicht bestraft werden darf, sich Nazis effektiv in den Weg zu stellen. Das Gericht hat jetzt die Möglichkeit, einen Beitrag zur legitimen Verhinderung von Naziaufmärschen zu leisten, indem es die Bußgeldverfahren gegen die GleisblockiererInnen einstellt. Es hat jetzt die Entscheidungsgewalt, auf eine Durchsetzung des Bußgeldes zu verzichten und damit ein Zeichen zu setzen. Einen Freispruch können die BlockiererInnen nicht erwarten, weil das den Spielraum des Gerichts überstrapaziert. Eine Einstellung der Verfahren hingegen wäre ein wichtiges Zeichen, das im Bereich des Möglichen liegt. Denn nicht die Gleisblockade am 1. Mai war das Problem. Das Problem sind Neonazis und die Strukturen der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft, die rechtes Gedankengut und Rechtsextremismus erst möglich machen.

Die AntifaschistInnen waren auf den Gleisen genau richtig. Denn auf den Gleisen verhinderten sie den Nazi-Aufmarsch. Und hier und heute zeigen sie, dass sie für die Legitimität ihres Widerstand weiter einstehen und kämpfen.